



PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEME IN AFRIKA

Berichte der Friedrich-Ebert-Stiftung

BENIN

POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IN BENIN

Jan Niklas Engels, FES Benin

August 2005

Warum diese Berichte?

Politische Parteien sind unverzichtbare Akteure eines repräsentativen demokratischen Systems. Um ihre Funktionen erfüllen zu können, müssen Parteien in ein funktionierendes Parteiensystem eingebettet sein. Während zur Arbeit politischer Parteien und den Parteiensystemen in konsolidierten westlichen Demokratien zahlreiche Studien existieren, ist dies für die Länder Sub-Sahara-Afrikas nicht der Fall. Verlässliche Informationen liegen, wenn überhaupt, nur sehr verstreut vor. Sie sind außerdem meist nicht sehr detailliert, häufig nicht aktuell und beschränken sich zudem üblicherweise auf das formale Regelwerk, ohne auf die tatsächlichen Abläufe einzugehen.

Dabei sind detaillierte Informationen zu den politischen Systemen Sub-Sahara-Afrikas heute notwendiger denn je. Die „dritte Welle der Demokratisierung“ (Samuel P. Huntington 1993) hat seit 1990 auch den afrikanischen Kontinent erreicht. In den meisten Ländern wurden Mehrparteiensysteme geschaffen und demokratische Wahlen abgehalten. Seitdem befinden sich diese Länder in mühsamen politischen Transitionsprozessen, deren Ergebnisse noch offen sind. Für ein besseres Verständnis und eine präzisere Einschätzung des Verlaufs und des gegenwärtigen Standes dieser Transitionsprozesse fehlen oft detaillierte Informationen. Indem die Berichte dieser Reihe die historische Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen nachzeichnen sowie die aktuelle Situation in den Ländern Sub-Sahara-Afrikas darstellen, tragen sie dazu bei, diese Informationslücke zu schließen. Aufgrund des thematischen Fokus auf Parteien konnten alternative Akteure der Demokratisierung nur am Rande berücksichtigt werden.

Aufgrund der jahrzehntelangen Präsenz in vielen Ländern Sub-Sahara-Afrikas und der kontinuierlichen Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in diesen Ländern, verfügen die MitarbeiterInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung über detaillierte Kenntnisse der historischen Entstehung von Parteien und Parteiensysteme in den jeweiligen Ländern. Diese werden in den Länderberichten der Reihe „Parteien und Parteiensysteme in Afrika“ gebündelt präsentiert. Es liegen Berichte zu den folgenden Ländern vor:

- Angola
- Äthiopien
- Benin
- Botswana
- Côte d'Ivoire
- Ghana
- Kamerun
- Kenia
- Madagaskar
- Mali
- Mauritius
- Mosambik
- Namibia
- Nigeria
- Sambia
- Senegal
- Simbabwe
- Südafrika
- Tansania
- Uganda

POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IN BENIN

Inhaltsverzeichnis

I. GESCHICHTE UND STRUKTUR DES MEHRPARTEIENSYSTEMS

1. Historische Genese
2. Rechtliche Rahmenbedingungen des Mehrparteiensystems
3. Institutionen des Mehrparteiensystems
4. Richtlinien, Fördereinrichtungen und Sanktionsformen

II. DIE PARTEIEN

1. Überblick über die wichtigsten Parteien
2. Die Parteien in der Einzeldarstellung

III. DIE PARTEIEN IM PARLAMENT

1. Knappe Darstellung des Politischen Systems und des Wahlsystems
2. Wahlergebnisse der letzten 4 Wahlen
3. Arbeit der Parteien im Parlament
4. Relevanz von Fraktionen und Fraktionsarbeit
5. Dienstleistungen der Parlamentsverwaltung für Parteien und Fraktionen
6. Verhaltenskultur von Politikern im Kontext von Wahlen

IV. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES MEHRPARTEIENSYSTEMS UND DER PARTEIEN

1. Demokratietest
2. Programmatiktest Parteien
3. Relevanztest

V. AUSBLICK UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IN BENIN

Jan Niklas Engels, FES Benin

August 2005

I. GESCHICHTE UND STRUKTUR DES MEHRPARTEIENSYSTEMS

1. Historische Genese

Bereits ab 1920 wurden in der französischen Kolonie Dahomey lose politische Gruppierungen verzeichnet, die sich dem Kampf gegen die Willkür der Kolonialverwaltung verschrieben hatten. Ab 1936 publizierten einige dieser Gruppierungen politische Zeitungen¹, die ein Gegengewicht zu den kolonialfreundlichen Zeitungen² bildeten. Die Herausgeber der regierungskritischen Zeitungen gründeten anlässlich der Wahlen zur französischen verfassunggebenden Versammlung im Jahr 1945 Wahlvereinigungen³. Nach dem Wahlsieg der beiden kolonialkritischen Kandidaten, Révérend Père Aupias und Sourou Migan Apithy, entstand aus den Wahlvereinigungen im Jahr 1947 mit der „Union Progressiste Dahoméenne“ (UPD) die erste politische Partei von Dahomey. Schon bald gingen aus der UPD aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten und Führungskämpfen neue Parteien, wie der „Bloc Populaire Africain“, hervor.

Nach der Unabhängigkeit am 1. August 1960 übernahmen die Führungspersonen der wichtigsten kolonialkritischen Parteien die Regierungsverantwortung. Aufgrund

wechselnder Bündnisse und damit verbundener Regierungsumbildungen, Staatsstreichs und Putschversuche waren die ersten Jahre der Unabhängigkeit von hoher politischer Instabilität gekennzeichnet. Im Mai 1970 wurde ein Präsidialrat geschaffen, der die Politiker Hubert Maga, Justin Ahomadègbé und Sourou Migan Apithy an die Staatsspitze setzte. Die Triumviratsherrschaft wurde durch den Militärputsch vom 26. Oktober 1972 unter der Führung von Mathieu Kérékou beendet. Kérékou erklärte 1974 den Marxismus-Leninismus zur Staatsideologie und gründete im November 1975 die Einheitspartei Parti de la Révolution Populaire du Bénin (PRPB).

Eine schwere ökonomische und soziale Krise Ende der 80er Jahre führte zum Generalstreik der Arbeiter und Studenten und der Einberufung einer Nationalkonferenz im Februar 1990. Diese beschloss eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus und die Einführung einer Multiparteiendemokratie sowie eines liberalen Wirtschaftsmodells. Bereits im Vorfeld des Referendums über die neue Verfassung vom 11. Dezember 1990 wurde die Neugründung verschiedener Parteien beobachtet. Diese gruppierten sich einerseits um die ehemaligen Präsidenten aus den 60er-Jahren⁴ sowie um vermögende zurückkehrende Exilbeniner⁵.

¹ Z.B. „La voix du Dahomey“; „Le guide du Dahomey“, „Le Messenger“ oder „Le Phare du Dahomey“.

² Z.B. „L’Etoile du Dahomey“ oder „Le Dahomey“.

³ „Comités électoraux“.

⁴ Z.B. Hubert Maga: Parti National pour la Démocratie et le Développement (PNDD), Emile Zinsou : Union Nationale pour la Démocratie et le Progrès (UNDP).

⁵ Z.B.: Adrien Houngbédji: Parti du Renouveau Démocratique (PRD); Séverin Adjovi : Rassem-

Schätzungen zufolge gibt es in Benin heute über 150 politische Parteien. Besonders vor Wahlen kann fast wöchentlich eine Partei-neugründung verzeichnet werden. Das neue, im Jahr 2003 in Kraft getretene, Parteiengesetz stellt daher höhere Anforderungen für Parteigründungen. Bisher hat sich lediglich eine handvoll Parteien im politischen System von Benin etablieren und mehrere Sitze im Parlament erringen können. Auch zeigt sich eine Tendenz zur Bildung von Wahlallianzen zwischen verschiedenen Parteien, woraus langfristig neue, größere Parteien mit überregionalem Anspruch entstehen könnten.

2. Rechtliche Rahmenbedingungen des Mehrparteiensystems

Laut der Verfassung vom 11. Dezember 1990 (Artikel 1-6) ist es Aufgabe der Parteien,

- das nationale politische Leben zu animieren,
- bei Wahlen miteinander zu konkurrieren,
- politische Macht auszuüben,
- an der politischen und bürgerlichen Willensbildung mitzuwirken und
- nur demokratische und friedliche Mittel einzusetzen.

Die genauen Regelungen sind im Parteiengesetz aufgeführt. Artikel 5 des Parteiengesetzes verbietet Parteiprogramme und -aktivitäten, die Intoleranz, Regionalismus, Ethnozentrismus, Fanatismus, Rassismus, Xenophobie oder Gewalt fördern. Auch dürfen Parteien nicht auf einer einzigen Konfession, Philosophie, linguistischen Gruppe oder Region, sowie Geschlecht, Ethnie oder Berufsgruppe basieren.

blement des Démocrates libéraux (RDL-Vivoten).

Das ursprüngliche Parteiengesetz aus dem Jahre 1990 wurde im Jahr 2001⁶ überarbeitet. Das neue Parteiengesetz erschwert die Neugründung von Parteien⁷, regelt die häufigen Parteiabspaltungen, sorgt für gleichen Zugang zu den Medien und sieht eine staatliche Parteienfinanzierung vor.

Der Ablauf von Wahlen ist im Wahlgesetz⁸ geregelt, welches im Jahr 2005 im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2006 überarbeitet wurde. Artikel 3 sieht die Beteiligung der politischen Parteien an den Wahlen vor.

3. Institutionen des Mehrparteiensystems

Parteien müssen sich vom Ministerium für Inneres, Sicherheit und Dezentralisierung registrieren lassen. Für die Beantragung der Registrierung einer neuen Partei werden neben dem Antragsschreiben, der Bericht der konstituierenden Sitzung, das Parteienstatut und interne Regelungen, das Parteiprogramm, die Bezeichnung und der Sitz der Partei sowie Geburtsangaben, Nationalitätsnachweise, Führungszeugnisse und Wohnsitzangaben der Gründungsmitglieder benötigt. Das Ministerium hat zwei Monate Zeit, um die Angaben zu überprüfen.

Die Wahlen werden durch eine nationale autonome Wahlkommission (CENA⁹) vorbereitet, organisiert, durchgeführt und überwacht. Außerdem wird die Gesamtauszähl-

⁶ Das neue Parteiengesetz (N° 2001-21) trat mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten am 21. Februar 2003 in Kraft.

⁷ Es sind nun jeweils zehn Unterstützer in allen zwölf Staatsregionen (Departements) notwendig. Zuvor reichten landesweit insgesamt 18 Unterstützer für die Neugründung einer Partei.

⁸ Gesetz N° 2005-14

⁹ « Commission Electorale Nationale Autonome ».

lung von der CENA vorgenommen. Die CENA besteht aus insgesamt 25 Mitgliedern, von denen vor der jeweiligen Wahl zwei durch den Präsidenten, 18 durch das Parlament nach dessen Zusammensetzung und ein Mitglied von der Zivilgesellschaft ernannt werden. Bei den vier weiteren Mitgliedern handelt es sich um permanente Sekretariatsmitglieder der CENA, die ebenfalls vom Nationalparlament ernannt werden. Die Wahlkommission ist autonom und verwaltet sich selber. Über das Budget der CENA entscheidet allerdings die Regierung.

Seit der Überarbeitung des Wahlgesetzes im Jahr 2005 sitzen nicht mehr automatisch Vertreter des Justizwesens und nur noch ein Vertreter der Zivilgesellschaft in der Wahlkommission. Der verbliebene Sitz für die Zivilgesellschaft geht auf einen Entscheid des Verfassungsgerichtes zurück. Auf Departement-, Kommunal- und Wohnbezirksebene wurden Unterwahlkommissionen geschaffen. Da deren Mitglieder jedoch in erster Linie durch das Nationalparlament ernannt werden, besteht bei einer schwachen Opposition eine erhöhte Missbrauchsgefahr.

Das Verfassungsgericht überwacht laut Artikel 49 der Verfassung die Regelmäßigkeit des Wahlverlaufs, veröffentlicht nach dessen Überprüfung das endgültige Wahlergebnis und entscheidet über Wahlanfechtungen.

Nach Artikel 37 des Parteiengesetzes müssen die politischen Parteien dem obersten Gerichtshof, dem Innen- sowie Finanzministerium jährlich ihren Finanzabschluss zur Überprüfung vorlegen. Die Abrechnungen über die Ausgaben im Rahmen eines Wahlkampfes müssen ebenfalls dem obersten Gerichtshof vorgelegt werden, da es eine Obergrenze für Wahlkampfausgaben gibt.

Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Finanzberichte nicht immer der Realität entsprechen, sondern nur formell die Regelkonformität belegen. Einen Beleg für fingierte Parteienfinanzberichte liefert auch die sogenannte Titan-Affäre aus dem Jahre 2005, in deren Verlauf eine amerikanische Telekommunikationsfirma in den USA der Bilanzfälschung schuldig gesprochen wurde, wobei sich herausstellte, dass die Firma im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Mobilfunklizenz für ihre Tochterfirma „Titan“ in Benin den Wahlkampf des amtierenden beninischen Präsidenten großzügig unterstützt hatte. Diese Spende war aber nicht im offiziellen Finanzbericht für den Wahlkampf von Mathieu Kérékou aufgeführt worden.

Die staatliche Medienkommission (HAAC¹⁰) trägt laut Verfassung (Artikel 142) Sorge für den gleichen Zugang aller politischen Parteien zu den Medien. Für den Wahlkampf legt die HAAC Sendezeiten für Wahlwerbung fest und ahndet unzulässige Wahlwerbung sowie Medienberichterstattung, die zu gewalttätigen Konflikten führen könnte.

4. Richtlinien, Fördereinrichtungen und Sanktionsformen

4.1 Parteienfinanzierung

Nach dem Parteiengesetz können sich Parteien aus eigenen und externen Quellen finanzieren. Zu den eigenen Quellen zählen Mitgliedsbeiträge, freiwillige Zahlungen der Mitglieder sowie Einnahmen aus Parteibesitz und -aktivitäten. Extern können Parteien durch Kooperationen mit ausländischen Parteien, staatlichen Zuwendungen und Spenden finanziert werden. Spenden und

¹⁰ « Haute Autorité de l’Audiovisuel et de la Communication »

andere externe Zuwendungen müssen die Parteien dem obersten Gerichtshof anzeigen. Die externen Finanzquellen dürfen nicht mehr als ein Drittel der gesamten Finanzressourcen einer Partei ausmachen.

Parteien, die sich regelmäßig an Wahlen beteiligen und mindestens über einen Abgeordneten im Nationalparlament verfügen, können nach Artikel 40 des neuen Parteiengesetzes von einer staatlichen Finanzierung profitieren. Diese beträgt laut Regierungsdekret jährlich mindestens 5.000.000 F CFA (7.622 Euro) pro Parlamentsabgeordneten. Allerdings wurde die staatliche Finanzierung noch nicht realisiert und auch von den Parteien nicht mit Nachdruck verfolgt. Denn in der Praxis finanzieren sich Parteien fast ausschließlich durch die Finanzmittel des Parteivorsitzenden. Die Parteimitglieder zahlen zumeist keine Mitgliedsbeiträge sondern unterstützen den Parteivorsitzenden allein durch ihre Anhängerschaft. Der Parteivorsitzende bezahlt und darf dafür unangefochten die Parteilinie bestimmen. Die Parteimitglieder profitieren vom politischen Erfolg des Vorsitzenden, beispielsweise durch die Zuteilung von Posten oder die Aufstellung als Kandidaten, und üben sich dafür in Gehorsam. Eine staatliche Finanzierung, die sich auf die Zahl der Abgeordneten stützt, könnte diese Rollenverteilung stören und auch für den vermehrten Austritt von Abgeordneten aus ihrer Partei führen, da sie dann über eine „eigene“ Finanzierungsquelle verfügen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass sich an der Parteispitze der einflussreichen Parteien wohlhabende Geschäftsleute finden, die wichtige Staatsposten übernehmen. Wechsel der Parteivorsitzenden sind sehr selten, da die Mechanismen der internen Demokratie nur schlecht

funktionieren. Dafür gibt es das Phänomen der „Transhumance“ („Wanderschäferei“), dem Hin- und Herwechseln zwischen Parteien bzw. der Neugründung von Parteien.

In den letzten Jahren gingen zunehmend junge Geschäftsleute aus eher dubiosen Wirtschaftszweigen in die Politik und bemühten sich um ein Abgeordnetenamt. Durch die Immunität des Abgeordnetenmandates sowie dem Beitritt zur Regierungsmehrheit schützen sich diese Nachwuchspolitiker vor straf- und zivilrechtlicher Verfolgung bei Geschäften aller Art und entziehen sich der Zahlung von Steuern oder anderen staatlichen Abgaben.

4.2 Vorkehrungen/Regelungen, Registrierungspflichten und Strukturierungsrichtlinien für Parteien

Nach Artikel 30 des Parteiengesetzes müssen Parteien über ein Statut und ein internes Reglement verfügen. Darin sind u.a. die Aufnahmebedingungen und Ausschlusskriterien für Mitglieder sowie deren Rechte und Pflichten festzulegen. Außerdem geben sie Auskunft über die Strukturen und Organe der Partei sowie Art und Weise der Parteiversammlungen. Artikel 36 schreibt den Parteien das Führen einer regulären Buchhaltung vor. Die Buchhaltungsunterlagen müssen zehn Jahre lang aufbewahrt werden.

Ihren Statuten zu Folge sind alle Parteien – entsprechend den gesetzlichen Vorschriften – landesweit vertreten und verfügen auch über Basisstrukturen bis auf die Lokalebene hinunter. In Wirklichkeit sind die meisten Parteien jedoch nur in einer bestimmten Region oder in einer Ethnie verankert. Nur die Parteien RB, PRD und MADEP verfügen mehr oder weniger im gesamten Land zerstreut über Mitgliedsstrukturen, die zumeist

aufgebaut wurden, als diese Parteien an der Regierung beteiligt waren und über ausreichende Finanzmittel und Einfluss verfügten. Über Kontaktpersonen können diese Parteien in Wahlkampfzeiten auf lokaler Ebene Parteiaktivitäten, finanziert durch den Parteivorsitzenden, organisieren.

Die in den Parteistatuten festgelegten Prozeduren entsprechen den Vorstellungen innerparteilicher Demokratie. An der Umsetzung der eigenen Statuten, die weder überprüft noch eingefordert wird, mangelt es jedoch. Die meisten Parteien haben seit ihrer Gründung keine innerparteilichen Wahlen auf nationaler Ebene mehr durchgeführt. In kaum einer Partei kam es seit ihrer Gründung zu einem Wechsel des Parteivorsitzenden. Eher wechseln Parteimitglieder zu einer anderen Partei über oder die Partei hört auf zu existieren (offizielle Auflösungen wurden bisher noch nicht registriert). Da Parteien quasi Privatbesitz ihres Vorsitzenden sind, stellt sich die Frage nach Transparenz und interner Demokratie nicht.

Überläufertum ist in der beninischen Parteienlandschaft sehr verbreitet. Nach dem Parteiengesetz darf man nur einer Partei angehören, diese aber jederzeit verlassen. Der Name, das Symbol sowie der Slogan einer Partei oder Parteienallianz ist geschützt und darf nicht von anderen Parteien oder Allianzen benutzt werden.

Unabhängige Kandidaturen sind nur bei Präsidentschafts- und Kommunalwahlen möglich. Bei den bisher einmaligen Kommunalwahlen im Jahr 2002 wurde von dieser Regelung von frustrierten Parteimitgliedern, die nicht von ihrer Partei aufgestellt wurden, rege Gebrauch gemacht. Auch die Präsidentschaftskandidaten gehen oft ohne eigene Partei in den Wahlkampf. Dies galt

für die beiden bisherigen Präsidenten¹¹ seit dem Wechsel des politischen Systems Anfang der 90er Jahre. Dennoch verfügten sie stets über den Rückhalt einer breiten Allianz von verschiedenen Parteien, die dann durch Posten in der Regierung belohnt wurden.

II. DIE PARTEIEN

1. Überblick über die wichtigsten Parteien

Die Parteienlandschaft mit über 150 Parteien und parteiähnlichen Organisationen ist auf den ersten Blick sehr unübersichtlich. Die meisten der Klein- und Kleinstparteien sind nur lokal verankert und dienen kommunalen Honoratioren als Wahlplattform. Dies erklärt auch die relativ große Anzahl von Parteien mit nur einem Abgeordneten in der Nationalversammlung. Allerdings haben sich in den letzten Jahren immer mehr Parteien zu Wahlallianzen zusammengeslossen, um erfolgreicher bei Wahlen anzutreten. So hat sich die Anzahl der Parteien im Nationalparlament von 24 im Jahr 1991 auf inzwischen nur noch 12 halbiert. Ein Beispiel für eine solche Allianz ist die „Alliance Force Clé“, ein Zusammenschluss kleiner Parteien, die bei den Parlamentswahlen im Jahr 2003 fünf Abgeordnetensitze holen konnten.

Keine der Parteien Benins ist wirklich landesweit vertreten. Dennoch gibt es einige Parteien, die wiederholt bei Wahlen einen größeren Stimmenanteil gewinnen und sich in bestimmten Regionen Benins durchsetzen konnten. Die dominierende Partei im eher schwach besiedelten und landwirtschaftlich geprägten Norden des Landes ist die „**Front d'Action pour le Renouveau, la Démocratie et le Développement – Alafia**“

¹¹ So Soglo 1991 und Kérékou 1996 und 2001.

(FARD-Alafia). Im stärker bevölkerten Süden des Landes gibt es mehrere einflussreiche Parteien. Im Südwesten des Landes, in der Region Mono-Couffo dominiert die **“Parti Social Démocrate” (PSD)** um Bruno Amoussou. Der Südosten, d.h. die Region Ouémé, wird der Partei **“Parti de Renouveau Démocratique” (PRD)** des Politikers und Geschäftsmanns Adrien Houngbédji zugerechnet. In der Region Plateau konnte die Partei **“Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès” (MADEP)** des Geschäftsmannes Séfou Fagbohoun bisher die größten Erfolge verzeichnen. Ebenfalls im Süden des Landes mit der Hochburg Cotonou ist die Partei **“Renaissance du Bénin” (RB)** des ehemaligen Präsidenten Soglo angesiedelt.

Ideologische Überzeugungen spielen, die national unbedeutende kommunistische Partei ausgenommen, nur eine untergeordnete Rolle. Parteien dienen zur Eroberung von politischem Einfluss und Macht. Daher wird zumeist nur zwischen den Parteien der Regierungskoalition und der Opposition unterschieden. Aufgrund von häufigen Abspaltungen und Parteiwechseln sowie nicht konsistentem Abstimmungsverhalten im Parlament lässt sich diese Unterscheidung aber nicht eindeutig treffen.

1. Die Parteien in der Einzeldarstellung **Front d'Action pour le Renouveau, la Démocratie et le Développement – Alafia (FARD-Alafia)**

FARD-Alafia wurde am 3. April 1994 in Parakou gegründet und geht aus einem Zusammenschluss von drei politischen Gruppierungen aus Cotonou (Stadtteil Akpakpa), Abomey-Calavi (Universitätsstandort) und Parakou (größte Stadt im Norden) hervor, die schon seit 1991 politisch aktiv waren,

dar. Dem Parteiprogramm zu Folge kann FARD-Alafia als sozialdemokratische Partei bezeichnet werden, da sie soziale Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt stellt.

Laut Statuten verfügt die Partei über Parteistrukturen bis auf Lokalebene. Tatsächlich, finden Parteiversammlungen nur vereinzelt statt. In Parakou befindet sich die Parteizentrale, die aber meistens geschlossen ist und nur für Versammlungen und zur Wahlkampforganisation aktiviert wird. Die wichtigen politischen Entscheidungen trifft das Exekutivbüro der Partei. Daniel Tawema, ehemaliger Innenminister, ist der Generalsekretär der Partei. Die Hauptwähler- und Anhängerschaft findet sich im Norden des Landes in den Regionen Borgou, Atacora und Alibori. FARD-Alafia konnte in den letzten drei Legislaturperioden jeweils ca. 10 Parlamentssitze erringen und gehört somit zu den größten Parteien des Landes. Interne Auseinandersetzungen führten im Juli 1998 zur Abspaltung der Partei CAR DUNYA, die im Norden des Landes die Hauptkonkurrenz für FARD-Alafia darstellt.

FARD-Alafia – Ergebnisse bei den Parlamentswahlen

Legislaturperiode	Anzahl der Abgeordneten
1. Legislaturperiode 1991-1995	6
2. Legislaturperiode 1995-1999	11
3. Legislaturperiode 1999-2003	10
4. Legislaturperiode 2003 -	10 (Im Rahmen der Allianz UBF)

Quelle : Dokuments- und Archivservice der beninischen Nationalversammlung

Die Partei verfügt in ihren Hochburgen über gute Verbindungen zu den dortigen lokalen "Entwicklungsvereinigungen", die auf Lokalebene alle örtlichen Gemeinschaftsinitiativen koordinieren. Gute Kontakte zu diesen Organisationen sind für eine erfolgreiche Wahlkampagne sehr wichtig. Internationale Parteikontakte oder Mitgliedschaften sind nicht bekannt.

Le Parti de Renouveau Démocratique (PRD)

Die Partei der demokratischen Erneuerung wurde 1990 nach der Nationalkonferenz von Adrien Houngbédji gegründet und basiert auf politischen Gruppierungen, die schon in den 80er Jahren im In- und Ausland heimlich zusammenkamen. Seit der Gründung wurde keine nationale Parteikonferenz mit internen Wahlen organisiert. Parteiposten werden teilweise durch Wahl, teilweise durch Ernennung durch den Parteivorsitzenden Adrien Houngbédji vergeben. Die Parteibasis wird nur in Wahlkampfzeiten aktiviert, ansonsten werden Entscheidungen und Information nur auf der obersten Parteiebene getroffen und weitergeleitet. Eine Liste der Parteimitglieder ist nicht verfügbar. Die Parteizentrale befindet sich in Porto-Novo, diese wird aber ebenfalls nur für Versammlungen und in Wahlkampfzeiten benutzt.

Adrien Houngbédji dominiert, dirigiert, finanziert und repräsentiert die Partei PRD. Mit seiner Partei hat er mehrmals das politische Lager gewechselt und konnte so zweimal den Sitz des Parlamentspräsidenten (erste und dritte Legislaturperiode) und 1996 den Posten des Premierministers erklimmen. Bei den letzten zwei Präsidentschaftswahlen hat er jeweils das drittbeste Stimmenergebnis geholt. 1996 bis 1998

hielt die Partei drei Ministerposten inne. 1998 verließ Houngbédji die Regierung, um sich für die Parlamentswahlen eine bessere Ausgangsbasis zu verschaffen. Dies führte einmal mehr zu parteiinternen Auseinandersetzungen und dem Austritt des Ministers Kamarou Fassassi, der die Partei PRD Nouvelle Génération gründete und seit 2001 auch wieder den Posten des Energieministers inne hat.

PRD – Ergebnisse bei den Parlamentswahlen

Legislaturperiode	Anzahl der Abgeordneten
1. Legislaturperiode 1991 - 1995	5
2. Legislaturperiode 1995 - 1999	19
3. Legislaturperiode 1999-2003	11
4. Legislaturperiode 2003-	11

Quelle : Dokuments- und Archivservice der beninischen Nationalversammlung

Die Partei PRD konnte durch geschicktes Taktieren ihre Abgeordnetenzahl bis auf 19 ausbauen. Die Parteihochburgen liegen in den Regionen Ouémé, Plateau und dem Ostteil von Cotonou. Nach dem Wechsel einiger Mitglieder 1997 zur Partei MADEP, verlor die PRD Stimmenanteile im Plateau und konnte nur noch 11 Sitze erobern. Ethnisch ist die Partei stark bei den Yoruba, Goun und Toffin verwurzelt.

Je nach taktischem Kalkül geht Adrien Houngbédji mit seiner Partei unterschiedliche Allianzen mit anderen Parteien ein, wechselt diese aber auch schnell, wenn es ins neue Konzept passt. Die PRD versteht sich als liberale Partei, unterhält aber inter-

nationale Kontakte mit der französischen Partei UMP¹² von Jacques Chirac.

Le Parti Social Démocrate (PSD)

Die sozialdemokratische Partei wurde im Jahr 1990 von jungen Funktionären aus der Region Mono-Couffo gegründet. Bis heute ist dies auch die Hochburg der Partei, die es nicht schaffte, in anderen Regionen Fuß zu fassen. Die Partei ist in ihrer Region sehr gut verankert und verfügt dort über Parteistrukturen auf lokaler Ebene. Die internen Abläufe auf lokaler Ebene sind ansatzweise demokratisch gestaltet, auch werden interne Wahlen durchgeführt und teilweise Mitgliedsbeiträge gezahlt.

PSD – Ergebnisse bei den Parlamentswahlen

Legislaturperiode	Anzahl der Abgeordneten
1. Legislaturperiode 1991 - 1995	7
2. Legislaturperiode 1995 - 1999	8
3. Legislaturperiode 1999-2003	9
4. Legislaturperiode 2003 -	9 (im Rahmen der Allianz UBF)

Quelle : Dokuments- und Archivservice der beninischen Nationalversammlung

Die Partei wird von Bruno Amoussou geleitet, der in der zweiten Legislaturperiode Parlamentspräsident war und zuletzt bis Anfang 2005 als einer der wichtigsten Minister dem Kabinett Kérékou angehörte.

Zwei schwerwiegende Krisen musste die Partei PSD bisher durchleben: Im Jahr 2002 verließ Félix Dansou, ehemaliger Energieminister, nach internen Streitigkeiten die Partei

und gründete seine eigene Partei. Dansou versuchte diese ebenfalls in seiner Heimatregion Couffo anzusiedeln, stieß aber auf erbitterten Widerstand, da die PSD bisher quasi als "Einheitspartei" des Mono-Couffo fungierte. Félix Dossou wurde schließlich als Vertreter Benins zur Regionalorganisation UEMOA entsandt und ließ seine Parteipläne fallen.

Ende 2002 verließ der einflussreiche PSD-Abgeordnete Jean-Claude Hounkponou seine Partei und gründete die Partei GAME-SU, deren Name "die Glocke hat geschlagen" bedeutet. GAMESU nahm an den Parlamentswahlen im Jahr 2003 teil und konnte einen Abgeordnetensitz erobern. Diese erfolgreiche Abspaltung hat die PSD geschwächt und könnte zukünftig für weitere Austritte und Abspaltungen sorgen.

Bruno Amoussou hat an den Präsidentschaftswahlen von 1996 und 2001 teilgenommen und konnte jeweils die viertgrößte Stimmenzahl erreichen. Dennoch hat er es nie geschafft, über seine Heimatregion hinweg Anhänger zu gewinnen. Stattdessen hat er stets seine eigene Wählerklientel mit Posten versorgt. Daher werden Amoussou und seine Partei oftmals als reine Lokalpartei des Mono-Couffo betrachtet.

Ende der 90er Jahre schloss sich die PSD mit den Kleinparteien MAP, ADP, UDFP und PIT zu einer sozialdemokratischen Allianz namens ADEMA zusammen. Ziel war es, über die jeweils eigene Region hinaus Wählerstimmen zu erzielen. Doch bereits bei den Parlamentswahlen im Jahr 1999 scherte die PSD aus der Allianz aus und stellte entgegen den vorherigen Absprachen eine eigene Wahlliste auf.

¹² Union de la Majorité présidentielle

Bei den Präsidentschaftswahlen 1996 warb die PSD im zweiten Wahlgang für den späteren Sieger Kérékou und entsandte später drei Minister in dessen Regierung. Bei den Präsidentschaftswahlen 2001 trat im letzten Wahlgang Bruno Amoussou in einem „Freundschaftsspiel“ gegen den Amtsinhaber Mathieu Kérékou an, da die zweit- und drittplatzierten Kandidaten aus Protest gegen Wahlunregelmäßigkeiten im ersten Wahlgang ihre Kandidatur für die zweite Wahlrunde zurückgezogen hatten. Nach der verlorenen Wahl wurde Amoussou Staatsminister für Plan und Entwicklung in der Regierung Kérékous.

Die Partei verfügt über eine Zentrale in Cotonou, die aber nur periodisch in Betrieb ist. Die PSD ist Mitglied der Sozialistischen Internationalen und unterhält auch Verbindungen zur Stiftung Jean Jaurès in Frankreich.

Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès (MADEP)

Die Partei MADEP wurde im November 1997 von Séfou Fagbohoun, einem bekannten Geschäftsmann mit guten Beziehungen zum Staatschef Kérékou gegründet. Ein Großteil der Parteimitglieder sind Funktionäre des Staatsapparates. So auch der MADEP-Generalsekretär Antoine Idji Kolawolé, Karrierediplomat, ehemaliger Außenminister und derzeitiger Parlamentspräsident. Viele PRD-Anhänger wechselten in die Partei Fagbohouns, die im Department Plateau bisher ihre besten Stimmenergebnisse erzielen konnte. MADEP-Hochburgen sind die Kommunen Kétou (Herkunftsort des Generalsekretärs), Adja Ouèrè (Herkunftsort des Parteipräsidenten) sowie Pobè und Sakété. Die wichtigsten Parteimitglieder gehören der Ethnie Nagot an.

Nach allgemeiner Überzeugung verfügt die Partei MADEP über das beste Finanzpolster, was ihr erlaubt, landesweit zu agieren. So trat die Partei bei den Kommunalwahlen vom Dezember 2002 im ganzen Land an, ebenso bei den Parlamentswahlen im März 2003. MADEP gehört zwar zur „Mouvance“ des Präsidenten Kérékou zählt aber nicht zur Parteienallianz UBF.

MADEP-Ergebnisse bei den Parlamentswahlen

Legislaturperiode	Anzahl der Abgeordneten
1. Legislaturperiode 1991 – 1995	-
2. Legislaturperiode 1995 – 1999	3
3. Legislaturperiode 1999-2003	6
4. Legislaturperiode 2003 -	9

Quelle : Dokuments- und Archivservice der beninischen Nationalversammlung

Wie in allen anderen Parteien auch, werden die Hauptentscheidungen vom Exekutivbüro bzw. dem Parteipräsidenten und seinem engsten Kreis getroffen. Untypisch ist, dass der Präsident von MADEP bisher noch kein hohes politisches Amt übernommen hat, obwohl MADEP teilweise vier Minister in der Regierung Kérékou stellte. Séfou Fagbohoun werden daher auch eher wirtschaftliche Interessen bei seiner politischen Betätigung unterstellt.¹³ Auf der politischen Ebene

¹³ Séfou Fagbohoun ist Besitzer der ehemals staatlichen Energie- und Ölgesellschaft SONACOP. Der Ablauf der Privatisierung von SONACOP wird von einigen beninischen Kritikern als skandalös bezeichnet. SONACOP verfügt über das größte Tankstellennetz in Benin, wobei die Preise für Treibstoff staatlich vorgeschrieben sind und immer wieder neu zwischen den

spielt deshalb der Generalsekretär eine wichtigere Rolle, was zu innerparteilichen Spannungen führt. So gibt es Mitte 2005 einen parteiinternen Streit, ob der Generalsekretär Idji Kolawolé für MADEP als Präsidentschaftskandidat antreten oder ob ein externer Kandidat unterstützt werden soll.

Das Parteiprogramm spricht sich für einen demokratischen und souveränen beninischen Staat aus, verurteilt Intoleranz und fordert eine wirtschaftliche und politische Regionalintegration in Afrika. Die Partei verfügt über eine Zentrale in der Hauptstadt Porto-Novo, die aber nur zu Wahlkampfzwecken aktiviert wird.

La Renaissance du Bénin (RB)

Die Partei „Wiedergeburt von Benin“ wurde im Jahr 1992 von der Ehefrau des damaligen Staatspräsidenten Sogo gegründet. Rosine Vieyra Soglo versuchte mit der Parteigründung, ihrem Ehemann eine politische Machtbasis für kommende Wahlen zu organisieren. Soglo war als ehemaliger Weltbankmitarbeiter und damit politisch unbelasteter Technokrat in den Jahren des politischen Wechsels erst Premierminister und dann Staatspräsident geworden. Doch schon bald stellte sich die fehlende politische Hausmacht für ihn als Problem dar. In seinem Appell von Abomey forderte er die Parteien, die ihn bisher unterstützt hatten, zur Fusion mit der Partei RB auf. Kleine Parteien, wie MNDD, CMD, UPR, MDPS, UDRS oder GAP folgten dem Aufruf.

1994 ließ sich der Präsident Nicéphore Soglo zum Parteipräsidenten wählen. Nach seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen gönnte sich Soglo eine Auszeit und Ro-

Tankstellenbetreibern und der Regierung ausgehandelt werden.

sine Soglo übernahm wieder den Parteivorsitz. Ihr Ehemann wurde später zum Ehrenvorsitzenden gekürt. Die Partei wird von der Familie Soglo dominiert und finanziert, was immer wieder zu internen Querelen führt. Für die Präsidentschaftswahlen 2006 setzte die Familienführung die Kandidatur ihres Sohnes Léhady Soglo durch. Dies trug unter anderem zur Abspaltung einer Reihe von RB-Parlamentsabgeordneten bei, die eine eigene Fraktion gründeten. Das Parteiprogramm unterscheidet sich inhaltlich kaum von den Programmen anderer Parteien. Die RB stellt aber für die Öffentlichkeit die Opposition zur „Mouvance“ des Präsidenten Kérékou dar.

RB-Ergebnisse bei den Parlamentswahlen

Legislaturperiode	Anzahl der Abgeordneten
1. Legislaturperiode 1991 - 1995	5 (Vorgängerparteien insgesamt)
2. Legislaturperiode 1995 - 1999	19
3. Legislaturperiode 1999-2003	26
4. Legislaturperiode 2003 -	15

Quelle : Dokument- und Archivservice der beninischen Nationalversammlung

Die Partei RB hat sich als die stärkste Partei im Parlament etabliert. Ihre größte Anhängerschaft hat sie in Cotonou, der größten Stadt des Landes, wo Nicéphore Soglo 2002 auch zum Bürgermeister gewählt wurde.

Trotz ihrer Wahlerfolge durchlief die Partei aufgrund des autokratischen Führungsstil des Paares Soglo bereits einige Krisen. 1998 wurden einige Schlüsselfiguren, wie der ehemalige Generalsekretär der Partei, Nata-

nael Bah, sowie der ehemalige Minister Guy Amédée Adjanooun, nach Meinungsverschiedenheiten aus der Partei ausgeschlossen. Nach nicht erfolgter Aufstellung für die Parlamentswahlen 2003 verließen einige Parteimitglieder, darunter der ehemalige Abgeordnete Maxime Houedjissi und der ehemalige Minister Georges Guedou, die RB und schlossen sich anderen Parteien (in erster Linie der PRD) an.

Als Parteizentrale dient das Büro der Nichtregierungsorganisation VIDOLE, deren Präsidentin ebenfalls Rosine Soglo ist. Das Personal dieser Organisation wird ebenfalls für Parteiaktivitäten eingespannt. Offiziell gibt es keine internationalen Parteikooperationen.

III. DIE PARTEIEN IM PARLAMENT

1. Knappe Darstellung des Politischen Systems und des Wahlsystems

Die Verfassung vom 11. Dezember 1990 sieht ein Präsidialsystem nach französischem Vorbild vor. Der direkt gewählte Präsident regiert, das Parlament verabschiedet die Gesetze und hat als stärkstes Mittel das Recht zur Verabschiedung des Budgets. Gesetze treten erst nach Unterzeichnung durch den Präsidenten in Kraft.

Der Präsident wird in zwei Wahlgängen direkt vom Volk gewählt. Die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen aus dem ersten Wahlgang treten im zweiten Wahlgang gegeneinander an. Bei den Parlamentswahlen treten Wahllisten miteinander in Konkurrenz. Die Zahl der Abgeordneten betrug bei den Wahlen der ersten Legislaturperiode 63 und beträgt seit der zweiten Legislaturperiode 83. Durch ein Proportionalwahlrecht findet sich im Parlament eine große Zahl von Kleinstparteien, die Partiku-

larinteressen vertreten. Allerdings treten von Wahl zu Wahl mehr Parteilianzen mit gemeinsamen Wahllisten an, um so ihre Chancen auf einen Parlamentssitz zu erhöhen.

2. Wahlergebnisse der letzten 4 Wahlen

Seit dem Regimewechsel von 1990 wurden in Benin vier Parlamentswahlen durchgeführt. Die einzelnen Wahlergebnisse werden im Anhang aufgeführt. Bei der ersten Parlamentswahl im Jahr 1991 wurden die Hauptakteure der Nationalkonferenz als Abgeordnete gewählt. Unter den Abgeordneten fanden sich in erster Linie Intellektuelle, Geschäftsleute, ehemalige Mitarbeiter internationaler Institutionen und Präsidenten der lokalen Entwicklungsvereinigungen. Die 63 Abgeordneten gehörten 24 verschiedenen Wahllisten an.

Bei der zweiten Parlamentswahl im Jahr 1995 stammten trotz einer Erhöhung der Parlamentssitze auf 83, die Abgeordneten nur noch von 17 Wahllisten. Erstmals trat die Partei RB des damaligen Präsidenten Soglo an und konnte 19 Sitze erringen, womit sie die größte Partei im Parlament bildet. Die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien sank weiter.

Dies bestätigte sich bei den dritten Wahlen 1999, wo die RB ihre Abgeordnetenzahl auf 26 erhöhen konnte. Durch eine Koalition mit der Partei PRD verfügten die Oppositionsparteien über eine Mehrheit im Parlament.

Bei der vierten Wahl im März 2003 traten erstmals auch größere Parteien aus dem Regierungslager auf einer gemeinsamen Wahlliste an. Zur „Union von Benin für die Zukunft“ (UBF¹⁴) gehörten FARD-Alafia, PSD

¹⁴ « Union du Bénin pour le Futur (UBF) »

als auch eine Reihe von kleineren Parteien. Die UBF holte die meisten Sitze, konnte sich aber nach den Wahlen nicht auf die Bildung einer gemeinsamen Fraktion einigen und zerfiel in drei Gruppierungen, was aber organisatorisch Vorteile für die UBF-Parteien im Parlament mit sich brachte. Die neue Allianz „Force Clé“, organisiert vom damaligen Landwirtschaftsminister Lazare Séhoueto, holte überraschend fünf Parlamentssitze.

Bei allen vier Wahlen wurde nach lokalen bzw. ethnischen Kriterien gewählt. Parteien haben deshalb nur dort die Chance, Wahlen zu gewinnen, wo deren Hauptakteure ethnisch und sozial verankert sind. Über die verschiedenen Wahlen hinweg können sich die Parteien RB, PRD, PSD, MADEP und FARD ALAFIA etablieren. Kleinere Parteien treten immer wieder mit den gleichen Kandidaten an und entwickeln sich nicht weiter. Oftmals verpassen sie auch eine Wiederwahl und verschwinden danach von der Bildfläche. Dafür tauchen neue Kleinparteien auf.

3. Arbeit der Parteien im Parlament

Die politischen Parteien sind im Parlament in parlamentarischen Gruppen organisiert. Neben den Plenarsitzungen arbeiten die Parlamentarier in fünf permanenten Ausschüssen (Finanzen, Außenbeziehungen und Verteidigung, Gesetzgebung, Soziales, Planung und Entwicklungsvorhaben). Außerdem gibt es ad hoc Ausschüsse für aktuelle Angelegenheiten.

Die Abgeordneten treten im Parlament als Vertreter ihrer Partei auf und sprechen für diese während der Debatten. Allerdings sind sie in ihren Entscheidungen frei und sollen im Interesse des gesamten Volkes handeln.

Die Aufgabe der Parlamentarier ist die Verabschiedung von Gesetzen und die Kontrol-

le der Regierung, die sie unter anderem durch mündliche Fragestunden ausübt. Einmal im Jahr muss der Präsident eine Rede zur Lage der Nation vor dem Parlament halten.

4. Relevanz von Fraktionen und Fraktionsarbeit

Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens neun Abgeordnete nötig. Da viele Parteien nicht über die Mindestanzahl von Abgeordneten für eine eigene Fraktion verfügen, kommt es zu politischen Allianzen innerhalb des Parlamentes. Dabei ist es auch möglich, dass Parlamentarier einer Partei Mitglied in unterschiedlichen Fraktionen sind. Da ein Fraktionsvorsitzender besser ausgestattet wird und an den Sitzungen mit dem Parlamentspräsidium und den Ausschussvorsitzenden teilnimmt, um die Tagesordnung festzulegen, gibt es im beninischen Parlament recht viele Fraktionen¹⁵. So spaltete sich die Parteienallianz UBF im Parlament in drei Fraktionen auf, womit mehr Posten unter den Parteien verteilt werden konnten. Die größte Fraktion im Parlament der vierten Legislaturperiode war somit dennoch wieder die Fraktion der RB mit 15 Abgeordneten. Allerdings spalteten sich Mitte 2005 sieben Abgeordnete ab und formten mit zwei Abgeordneten kleiner Parteien die Fraktion „Restaurer l’Espoir“¹⁶.

5. Dienstleistungen der Parlamentsverwaltung für Parteien und Fraktionen

Die beninische Parlamentsverwaltung verfügt über verschiedene Dienstleistungsstellen zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit. Der Dokumentations- und

¹⁵ Siehe auch die Auflistung der Fraktionen in der vierten Legislaturperiode im Anhang.

¹⁶ Französisch für „Wiederherstellung der Hoffnung“.

Archivservice erfüllt Rechercheaufträge und versorgt die Abgeordneten mit den notwendigen Unterlagen und Informationen für die Ausschussarbeit und Plenarsitzungen. Eine weitere Abteilung (Cellule chargé des relations avec les députés) stellt die Gesetzesentwürfe, Berichte und Dokumentationen für die Abgeordneten zusammen. Außerdem verfügt die Parlamentsverwaltung über eine Personal- und Buchhaltungsabteilung, die sich auch um die Logistik für die Abgeordneten kümmert. Das Parlamentsgebäude wurde modernisiert und alle Büros mit ADSL-Internetverbindungen ausgestattet. Auch ein Neubau ist in der Diskussion.

Finanziert durch Geberorganisationen wie UNDP unterstützt eine externe Analyseeinheit die Arbeit der Abgeordneten. Die „Cellule d'Analyse politique de Développement de l'Assemblée Nationale“ (CAPAN) organisiert für die Abgeordneten Informationsseminare und Anhörungen zu aktuellen Themen.

6. Verhaltenskultur von Politikern im Kontext von Wahlen

Besonders vor Wahlterminen häuft sich die Neugründung von Parteien. Bei Präsidentschaftswahlen handelt es sich dabei oft um Unterstützungsparteien, die für einen bestimmten Kandidaten werben.

Die Vorwahlzeit ist für Parteien in Benin zumeist eine sehr instabile Phase, da es oftmals zu parteiinternen Streitigkeiten über die Ausrichtung der Partei bzw. über die Aufstellung von Kandidaten kommt. Frustrierte Mitglieder, deren Ambitionen und Erwartungen von ihrer Partei nicht erfüllt werden konnten, schauen sich daher oft nach einer anderen Partei um, die ihnen mehr Erfolg verspricht. Aber auch in der

Nachwahlphase, sowie bei Regierungsumbildungen und Änderungen der Mehrheiten im Parlament kommt es häufig zu Parteiaustritten oder -neugründungen.

Die Kultur des Überläufertums ist in Benin sehr verbreitet. Dieses Phänomen wird als „Transhumance“, in deutsch „Wanderschäfererei“ bezeichnet. Schon 1945 wurde der erste Fall eines taktischen Parteiwechsels verzeichnet, als Tomètin Ahomadegbé nicht von seiner Partei aufgestellt wurde und sich darauf dem Bloc Populaire anschloss.

Als Meister der „Wanderschäfererei“ in Benin gilt Yves Monnou, Anwalt und derzeitiger Botschafter Benins in Frankreich. Nach einer Mitgliedschaft in der Partei RDL-Vivoten von Séverin Adjovi, gründete er erst eine eigene Partei, schloss sich dann der RB von Soglo an und war ein einflussreiches Parteimitglied. Nach der Wahlniederlage seines Parteivorsitzenden bei den Präsidentschaftswahlen von 1996 gehörte er zu den ersten Gratulanten von Mathieu Kérékou, der ihn dann später zum Botschafter ernannte. Solche Beispiele von ehemaligen Ministern und anderen prominenten Politikern finden sich in Benin in großer Zahl.

Dieses politische Nomadentum hängt mit der Perzeption von Politik in Benin zusammen. Für viele ist der Eintritt in eine Partei ein Mittel, um den sozialen Aufstieg zu beschleunigen, von bestimmten Privilegien zu profitieren und eventuell eine verantwortungsvolle Stelle in der Staatsverwaltung zu erhalten. Daher besteht ein großes Interesse, einer Partei der Regierungskoalition sowie deren Führungsriege anzugehören. Lässt sich dieses Ziel in der bisherigen Partei nicht erreichen, schließt man sich eben einer anderen Partei an oder gründet gleich seine eigene Partei und übernimmt den Vorsitz,

was allerdings mit erheblichem Finanzaufwand verbunden ist, da die Parteimitglieder sowie Wähler zufriedengestellt werden wollen. Bis auf Abspaltungen von der kommunistischen Partei Benins ging es in keinem der Fälle von „Transhumance“ oder Parteiabsplitterungen um inhaltliche bzw. ideologische Differenzen.

Aber auch ganze Parteien sind geübt im Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel. Paradebeispiel für das Bilden wechselnder Parteiallianz ist Adrien Houngbédji mit seiner Partei für die Demokratische Erneuerung (PRD). 1996 sprach er sich als Drittplatzierter bei den Präsidentschaftswahlen überraschend im zweiten Wahlgang für Kérékou aus und übernahm nach dessen Wahlsieg den Posten des Premierministers. 1998 brach er mit Kérékou und bildete mit der Oppositionspartei RB ein Allianz, was ihm den Posten des Parlamentspräsidenten in der dritten Legislaturperiode einbrachte. Nach den Parlamentswahlen von 2003 erklärte er seine Partei wieder zum Mitglied der „Mouvance“, der Regierungskoalition von Kérékou.

IV. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES MEHRPARTEIENSYSTEMS UND DER PARTEIEN

1. Demokratietest

Mehrparteiensystem

Benin gilt als „das demokratische Musterländle“ Westafrikas. Zwei demokratische Regierungswechsel sowie die widerstandene Versuchung der Verfassungsänderung, um den beiden dominanten Politikern Kérékou und Soglo ein viertes Wahlduell 2006 zu ermöglichen, sprechen für die Verfestigung der Demokratie in Benin.

Wahlen verlaufen relativ frei und transparent, auch wenn immer wieder Unregelmä-

Bigkeiten bei der Verteilung der Stimmkarten und der Stimmabgabe festgestellt wurden. Dennoch wurden die Wahlergebnisse bisher von der gesamten politischen Klasse akzeptiert. Eine Ausnahme bilden lediglich die Präsidentschaftswahlen von 2001, als die zweit- und drittplatzierten Kandidaten aus dem ersten Wahlgang, Soglo und Houngbédji, den zweiten Wahlgang aufgrund von Manipulationsvorwürfen boykottierten.

Das Mehrparteiensystem weist jedoch beim Demokratietest jedoch auch Mängel auf:

- Die Opposition wird im Parlament der 4. Legislaturperiode marginalisiert. Entgegen bisheriger Gewohnheiten ist sie weder im Parlamentspräsidium vertreten noch verfügt sie über einen der Ausschussvorsitze.
- Wahlkämpfer versuchen weniger durch Argumente als durch Geschenke zu überzeugen. Reissäcke, andere Nahrungsmittel, Stoffe und Geldscheine sind in Benin übliche Wahlkampfwerbemittel. Das neue Wahlgesetz verbietet daher solche Parteigeschenke, ebenso wie das Verteilen von Werbeträgern wie Kulis und T-Shirts. Auch „administrative Gefälligkeiten“ sind zukünftig sechs Monate vor Wahlen untersagt.
- Andererseits politisiert das neue Wahlgesetz die bisher gut funktionierende Wahlkommission CENA, da nur noch ein direkter Vertreter der Zivilgesellschaft in der Kommission vertreten sein wird und die CENA-Mitglieder stattdessen zukünftig hauptsächlich von der Parlamentsmehrheit bestimmt werden. Durch die Dominanz der Regierungsparteien im Parlament sind eine Ver-

schlechterung der Transparenz bei der Durchführung der nächsten Wahlen und damit verbundene Konflikte zu befürchten

- Politische Parteien in Benin verfolgen hauptsächlich Partikularinteressen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Funktionsweise des Parlamentarismus. Die Fraktionen werden eher nach taktischen Überlegungen gebildet. Selten gelingt es dem Parlament, wichtige Debatten aufzugreifen und die Diskussion über aktuelle Themen zu beeinflussen. Das Parlament ist zumeist reaktiv und nutzt seine Gestaltungs- und Kontrollrechte nur ungenügend.

Einzelne Parteien

Die Statuten ergeben das Bild von gut durchorganisierten, im ganzen Land verankerten und nach demokratischen Prinzipien geführten Parteien. Doch dies entspricht nicht der Wirklichkeit. Mit begrenzten Ressourcen ausgestattet, konzentrieren sich die meisten Parteien auf die Regionen, aus denen ihre Mitglieder stammen.

In ihren jeweiligen Regionen sind die einzelnen Parteien stets sehr gut verankert. Die Kandidaten stammen zumeist aus angesehenen und einflussreichen Familien. Auch spielen die traditionellen Machtverhältnisse, z.B. die Zugehörigkeit zur regionalen Königsfamilie eine große Rolle. Eine Schlüsselrolle spielen auch die lokalen Entwicklungsvereinigungen, die in Vierteln und Dörfern oftmals das Gemeinschaftsleben organisieren und Einfluss auf die Wahlentscheidung ihrer Mitglieder haben.

Politische Parteien werden quasi als Besitz der Parteiführer und –finanziers verstanden. Der Ruf nach interner Demokratie wird nicht

erhoben, da sich die einfachen Mitglieder auch nicht an der Finanzierung der Parteiaktivitäten beteiligen. Parteimitglieder erhoffen sich, durch ihre Anhängerschaft und ihr Engagement die Gunst der Parteiführung zu erwerben und so einen Aufstieg in der Partei und der Gesellschaft zu schaffen. Werden die Erwartungen nicht erfüllt oder verspricht eine andere Partei einen schnelleren Aufstieg, wird ein Parteiwechsel vorgenommen.

2. Programmatiktest Parteien

In Benin können Parteien nach ihrem Programm zwar in die Hauptgruppen sozialdemokratische und liberale Parteien eingeordnet werden, doch tatsächlich spielt diese Unterscheidung keine relevante Rolle. Parteien richten ihre Aktivitäten ausschließlich auf das Erringen von Regierungsverantwortung aus. Die Visionen bzw. Leitlinien der Regierungsarbeit werden unter der Anleitung der internationalen Geberorganisationen, beispielsweise im Rahmen des Prozesses der Entwicklung einer Armutsreduzierungsstrategie (PRSP-Prozess) erarbeitet. Da in diesen Prozessen ein möglichst breites Spektrum der Gesellschaft eingebunden wird und nach konsensualen bzw. entwicklungspolitisch basierten Strategien gesucht wird, besteht für Parteien nur ein geringer Anreiz, auf diesem Feld zu konkurrieren.

Es verwundert daher auch kaum, dass der Großteil der Textpassagen von Parteiprogrammen beliebig austauschbar ist. Sie bedienen sich bei der Demokratie- und Entwicklungsrhetorik und zeichnen das Bild eines demokratischen und sich entwickelnden Landes Benin, wobei das Hauptziel aller politischen Handlungen das Wohlergehen der Bevölkerung ist.

3. Relevanztest

Parteiensystem: Relevanz für Politikgestaltung

Auch wenn Benin über eine relativ gut entwickelte Zivilgesellschaft verfügt, stellen Parteien die formalen Hauptakteure bei der politischen Willensbildung und Politikgestaltung dar. Die große Zahl von Parteien zeigt auch, wie wichtig von politisch aktiven Menschen die Bedeutung von Parteien eingeschätzt wird. Die Aufstellung durch eine Partei bzw. durch die richtige Partei ist für den Wahlerfolg sehr bedeutsam.

Allgemein werden im beninischen Parteiensystem mangelnde interne Demokratie, vordergründige Politik und zweckgebundene Parteimitgliedschaften beklagt. Dennoch haben sich mit der Zeit einige größere Parteien etablieren können, die gegeneinander um Stimmen konkurrieren. Auch die zunehmende Bildung von Allianzen bei Wahlen zeigt, dass sich die Parteien von einer landesweiten Aufstellung Vorteile versprechen. Auch dies könnte zur Konsolidierung des Parteiensystems beitragen.

Ausgewählte Einzelparteien

Mitte der 90er Jahre hat die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Parteien aus dem sozialdemokratischen Spektrum zusammengearbeitet. Sie unterstützte die Parteienallianz ADEMA bei der Erarbeitung eines Parteiprogramms. Zu den ADEMA-Mitgliedsparteien gehörten:

- le Mouvement pour une Alternative du Peuple (MAP)
- le Parti Social Démocrate (PSD)
- l'Union Démocratique des Forces du Progrès (UDFP)
- l'Alliance pour la Démocratie et le Progrès (ADP).
- le Parti du Travail du Bénin (PTB)

ADEMA konnte einige politische Erfolge, wie die Einrichtung des Verfassungsgerichtes oder der staatlichen Medienkommission, verbuchen. Aus wahltaktischen Gründen verließ die PSD vor den dritten Parlamentswahlen die Allianz und konnte als einzige Partei Sitze im Parlament erringen.

Die PSD spielt immer noch eine wichtige Rolle in der beninischen Politik, hat es aber nicht geschafft und auch nie konsequent verfolgt, aus ihrer regionalen Konzentration auf das Gebiet Monou-Couffo herauszukommen.

Die anderen ehemaligen ADEMA-Parteien spielen nur eine untergeordnete Rolle. Einzig MAP hat es bei den letzten Parlamentswahlen als treibende Kraft der Allianz „Force Clé“, die fünf Sitze erringen konnte, zu einiger Beachtung in der politischen Landschaft gebracht.

V. AUSBLICK UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Benin stellt in der Region Westafrika eines der wenigen Länder mit einem funktionierenden Mehrparteiensystem dar. Über die letzten 15 Jahre hinweg konnten insgesamt auch Tendenzen zur Konsolidierung des Parteiensystems festgestellt werden. Einige größere Parteien mit mehreren Parlamentssitzen haben sich etabliert und die Gesamtzahl der im Parlament vertretenen Parteien hat sich reduziert.

Dennoch bestehen noch eine Reihe von Hindernissen für die nachhaltige Etablierung eines demokratischen Parteiensystems. Als die drängendsten Probleme können die folgenden Punkte genannt werden:

- **Parteienfinanzierung:** Solange Parteien nur unzureichend finanziert sind und keine Mitgliedsbeiträge systematisch erhoben werden, können aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses zu den Parteifinanziers keine Fortschritte bei der internen Demokratie, landesweiten Verbreitung und programmatischen Ausrichtung der Parteien erwartet werden.
- **Ethnische und regionale Ausrichtung:** Entgegen den Vorschriften des Parteiengesetzes sind beninische Parteien ethnisch und geographisch nur auf beste Teile Benins konzentriert. Wahlallianzen von verschiedenen Parteien weichen dieses Prinzip langsam auf. Dennoch ist es zur Einschränkung des klientelistischen Verhaltens von Parteien notwendig, die Regelungen für eine nationale Verwurzelung von Parteien besser durchzusetzen und zu kontrollieren.
- **Perzeption von Politik:** Politik wird in Benin in erster Linie als Mittel zum persönlichen sozialen Aufstieg wahrgenommen. Das ausgeprägte Nomadentum von Politikern sowie die häufigen Parteineugründungen sind hierfür Anzeichen. Ein Bewusstseinswandel ist nur sehr schwer zu realisieren und benötigt neben Sensibilisierungsmaßnahmen auch Vorbilder aus der aktuellen Politik. Vielleicht stellt der Verzicht von Mathieu Kérékou auf eine Verfassungsänderung und damit die Akzeptanz des freiwilligen Eintritts in das politische Rentnerdasein ein erstes solches (niederschwelliges) Rollenmodell dar.

Literaturverzeichnis

- Adamon, A.Z.: *Le renouveau démocratique au Bénin. Les élections législatives de 1995.* FKA, 1995
- Adjovi, E.: *Une élection libre en Afrique. Les présidentielles du Bénin 1996.* Karthala, 1998
- Awoudo, F.K.: *Le Mal Transhumant. Les infidélités politiques dans le Bénin démocratique.* FKA, Januar 2005
- Ki-Zerbo, J.: *Die Geschichte Schwarzafrikas.* Fischer, Dezember 1993
- Kougniazonde, C. C.: *Multipartisme et Démocratie: quel lieu commun?* ABBAP / FES; September 2001
- Kumado, K. (Hrsg.): *Financement des partis politiques en Afrique de l'Ouest.* FES, Mai 1995
- Legonou, F.: *Le système partisan et fonctionnement des partis politiques au Bénin.* FES, Juni 2005
- Maforikan, A.N.: *Le parlement béninois en marche. La troisième législature de l'Assemblée Nationale 1999 – 2003.*
- Séhoueto, L.: *La démocratie commence à la maison. La question de la démocratie au sein des partis et des associations au Bénin.* IK/FES, 1999

Abkürzungsverzeichnis

ADD	Alliance Démocratie et le Développement
ASD	Alliance pour la Social Démocratie
CAPAN	Cellule d'Analyse politique de Développement de l'Assemblée Nationale
CAP-SURU	Congrès Africain pour le Progrès - SURU
CPP	Congrès du Peuple pour le Progrès
FADES	Front d'Action Panafricain pour le Développement Econcomique et Social
FARD-Alafia	Front d'Action pour le Renouveau, la Démocratie et le Développement – Alafia
IPD	Impulsion au progrès et la démocratie
MADEP	Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès
MAP	Mouvement pour une Alternative du Peuple
MDC	Mouvement pour le Développement et la Culture
MNDD	Mouvement National pour la Démocratie et le Progrès
MPDB	Mouvement pour la Patrie et la Démocratie au Bénin
MSD	Mouvement pour la Sociale Démocratie
NCC	Notre Cause Commune
PCB	Parti Communiste du Bénin
PRD	Parti du Renouveau Démocratique
PRD-NG	Parti du Réveil des Démocrates pour la Nouvelle Génération
PSB	Parti Socialiste du Bénin
PSD	Parti Social Démocrate
RB	Renaissance du Bénin
RDL Vivoten	Rassemblement des Démocrates Libéraux
RDP	Rassemblement pour la Démocratie et le Panafricanisme
RND	Rassemblement National pour la Démocratie
RPR	Rassemblement pour le Progrès et le Renouveau
RUND	Rassemblement pour l'Unité Nationale et la Démocratie
UDP	Union pour la Paix et la Démocratie
UDS	Union pour la Démocratie et la Solidarité Nationale
UNSD	Union Nationale pour la Solidarité et le Développement

UP	Union Patriotique
UPD	Union pour la Paix et la Démocratie
UPD- GAMESSU	Union pour le Progrès et la Démocratie - GAMESSU
UPR	Union pour la Relève
UPT	Union pour la Patrie et le Travail

Anhang:

- Wahlergebnisse der Parlamentswahlen von 1991 bis 2003
- Fraktionen im Nationalparlament (4. Legislaturperiode) – Stand: 4. August 2005
- Registrierte politische Parteien nach dem neuen Parteiengesetz

Wahlergebnisse der Parlamentswahlen von 1991 bis 2003

Erste Legislaturperiode 1991 – 1995		Zweite Legislaturperiode 1995 – 1999	
Partei	Anzahl Parlamentssitze	Partei	Anzahl Parlamentssitze
PSD	07	PRD	19
NCC	07	RB	19
FARD-Alafia	06	PSD	08
UDFP	05	FARD-Alafia	11
PRD	05	UDS	05
RND	04	NCC	03
ASD	03	ASD	01
UDES	01	RDL Vivoten	03
RDL Vivoten	04	ADD	01
UDD	03	UNSP	02
PUR Houénoussou	02	MADEP	03
RDD NASSARA	01	Alliance Caméléon	01
UDS	02	Alliance IPD	03
MNDD	01	RDP	01
PNDD	02	PCB	01
ADP	02	RAP	01
MDPS	02	MNDD	01
UDRN	01		
PTD/PTA	01		
MDS	01		
UPR	01		
MSUP	01		
Gesamtzahl	63 ¹⁷	Gesamtzahl	83

Quelle: Dokuments- und Archivservice der beninischen Nationalversammlung.

¹⁷ Auflistung nicht vollständig: ein Sitz nicht angegeben.

Dritte Legislaturperiode 1999 – 2003		Vierte Legislaturperiode 2003 –	
Partei	Anzahl Parla- mentssitze	Partei	Anzahl Parla- mentssitze
Alliances Etoile	04	Alliance Etoile	03
RB	27	Alliance MDC-PS-CPP	02
MADEP	06	UBF	31
Alliance IPD	04	AFP	01
PSD	09	PRD	11
FARD ALAFIA	10	RB	15
PRD	11	IPD	02
CAR DUNYAN	03	MADEP	09
MERCI	02	Force Clé	05
PDB	01	MDS Alodé Alomè	01
UPP (Alliance SURU)	01	LNA	02
RDP	01	RDP	01
RUND	01		
Alliance RPR - UNSD	01		
Le Parti National Ensemble	01		
PRD Nouvelle Génération	01		
Gesamtzahl	83	Gesamtzahl	83

Quelle: Dokuments- und Archivservice der beninischen Nationalversammlung.

Fraktionen im Nationalparlament (4. Legislaturperiode) – Stand: 4. August 2005¹⁸

Fraktion	Zugehörige Parteien	Anzahl der Abgeordneten
UBF - Démocratie et développement	FARD-Alafia (10) FADES (1)	11
UBF - Démocratie et Solidarité	PSD (9) UPD Gamesu (1) Force Clé (1)	11
UBF - Relève de Qualité	UPR (1) PRD NG (2) UTD (2) ADP (1) CAR DUNYAN (1) Parteilos (3)	11
Démocratie et Progrès	MADEP (9) UPD Gamesu (1)	10
RB	RB (8)	8 ¹⁹
Unité Nationale	Alliance Force Clé (4) IPD (2) Alliance Etoile (UDS 3) RDP (1) Alliance MDC-PS-CPP (1) Alliance MDS Alodé Alomè (1)	12 ²⁰
PRD	PRD	11
Restaurer l'Espoir ²¹ (am 4. August 2005 von RB-Dissidenten gegründet)	Dissidenten RB (7) AFP (1) MDC-PS-CPP (1)	9

¹⁸ Vor dem Hintergrund der Verteilung der Sitze in der Wahlkommission an die verschiedenen Fraktionen kam es im September 2005 zu einer völligen Neuzusammensetzung der Fraktionen. Allerdings ist abzusehen, dass die neuen Fraktionszusammensetzungen nicht von Dauer sein werden

¹⁹ Ursprünglich 15, zur Zeit nur noch 8, damit besteht kein Fraktionsstatus mehr.

²⁰ Ursprünglich 14, je ein Abgeordneter von Alliance MDC-PS-CPP und AFP traten der Gruppe "Restaurer l'Espoir" bei.

²¹ Am 4. August 2005 von RB-Dissidenten gegründet.

Registrierte politische Parteien nach dem neuen Parteiengesetz

Partei	Parteiverantwortliche/r	Adresse
Renaissance du Bénin (RB)	VIEYRA SOGLO Rosine Honore	BP : 2205 RP Cotonou Tél. : 38 09 10
Rassemblement pour la Démocratie et le Panafricanisme (RDP)	HOUNGNINOU Dominique O.	03 BP : 1050 Cotonou Tél. : 32 02 83
Union pour la Démocratie et la Solidarité Nationale (UDS)	LAFIA Sacca	BP : 122 Godomey Tél. : 35 04 96
Parti du Renouveau Démocratique (PRD)	HOUNGBEDJI Adrien	04 BP 1157 Porto Novo Tél 30 07 52 ! 21 37 86
Parti du Réveil des Démocrates pour la Nouvelle Génération (PRD-NG)	KAMAROU Fassassi	06 BP : 545 Cotonou Tél. : 33 37 36
Union pour la Paix et la Démocratie (UPD)	MIGNINNOU D. Agbohessi	03 BP 2322 Cotonou
Mouvement pour le Développement et la Culture (MDC)	ATCHODE Codjo	10 BP 468 Cotonou
Parti Socialiste du Bénin (PSB Baanitee)	HOUDOU Ali	04 BP 0214 Cotonou Tél. : 30 47 70 ! 30 05 27
Rassemblement pour le Progrès et le Renouveau (RPR)	HOUDE Valentin Aditi	04 BP 575 Cotonou
Union Nationale pour la Solidarité et le Développement (UNSD)	BIAOU Adolphe	BP 139 Natitingou Tél. : 82 10 46 ! 82 23 91
Mouvement pour une Alternative du Peuple (MAP)	CAPO-CHICHI Olivier	03 BP 1430 Cotonou Tél. : 30 09 36 ! 38 10 18
Union Patriotique (UP)	DANSOU ESSOU Félix	02 BP 1629 Cotonou
Front d'Action pour le Renouveau, la Démocratie et le Développement (FARD-ALAFIA)	TAWEMA Daniel	01 BP 3238 Cotonou
Congrès du Peuple pour le Progrès (CPP)	GOUNOUGBE Jean	06 BP 1565 Cotonou Tél. : 38 52 55
Front d'Action Panafricain pour le Développement Economique et Social (FADES)	DASSOUNDO André I.	04 BP 0944 Cotonou
Rassemblement National pour la Démocratie (RND)	ABIMBOLA Adébayo Anani	BP : 37 Cotonou Tél. : 33 09 55
Union pour la Patrie et le Travail (UPT)	AZONYIHO Dohou Martin	01 BP : 316 Cotonou
Rassemblement pour l'Unité Nationale et la Démocratie	IDRISSOU Ibrahima	01 BP : 3149 Cotonou Tél. : 61 27 44

(RUND)		
Parti Social Démocrate (PSD)	AMOUSSOU Bruno	04 BP : 772 Cotonou
Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès (MA-DEP)	FAGBOHOUN Séfou L.	04 BP : 1509 Cotonou
Union pour le Progrès et la Démocratie (UPD-GAMESSU)	HOUNKPONOU H. Jean-Claude	01 BP : 420 Cotonou
Congrès Africain pour le Progrès (CAP-SURU)	GADO Guirigissou	
Mouvement pour la Sociale Démocratie (MSD)	ADIMI CHABI Félix	08 BP : 165 Cotonou Tél. : 32 78 96
Force Espoir	DAYORI Antoine	06 BP : 0553 Cotonou Tél. : 33 53 70
Union Pour la Relève (UPR)	ISSA Salifou	02 BP : 1886 Cotonou Tél. : 30 52 84
Union pour le Bénin du Futur (UBF)	GANDAHO Innocent Joseph	03 BP: 1972 Cotonou
Mouvement pour la Patrie et la Démocratie au Bénin (MPDB)	ADJAHO Honoré	BP : 100 Womey Godomey Tél. : 35 20 58
Mouvement pur l'Entente au Bénin	Docteur AHO	91 29 85 28 97 01 36 17 67
Union des Forces d'Eveil pour la Relève	OURA C. Rigobert	92 02 60 95 89 62 07 01 71 30 80 98

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Sie ist eine private und gemeinnützige Institution und den Ideen der Sozialen Demokratie verpflichtet. Die Stiftung trägt den Namen des ersten demokratisch gewählten deutschen Staatspräsidenten, Friedrich Ebert, und führt sein Vermächtnis der politischen Gestaltung von Freiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit fort. Diesem Auftrag entspricht sie im In- und Ausland mit ihren Programmen zur Politischen Bildung, Internationalen Zusammenarbeit sowie Studienförderung und Forschung.

Die Internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert nachhaltige Entwicklung und Demokratie in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie dem Nahen Osten. Zusammen mit ihren Partnern, gesellschaftspolitischen Akteuren in über 100 Ländern, trägt sie dazu bei, dass in Zukunft:

- Demokratische Strukturen unter Einbeziehung möglichst aller gesellschaftlicher Gruppen gesichert,
- Reformprozesse und Mechanismen eines friedlichen Interessenausgleichs gefördert sowie
- Globale Zukunftsstrategien gemeinsam gestaltet werden.

Gegenwärtig unterhält das Afrika-Referat der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Ländern südlich der Sahara 19 Büros mit 23 deutschen Mitarbeitern und ca. 180 Ortskräften. Darüber hinaus werden Projekte in 4 weiteren Ländern (Kapverden, Togo, Mauritius, DR Kongo) durchgeführt, die jeweils von einem angrenzenden Büro oder der Zentrale mitbetreut werden. Für diese Arbeit standen im Jahre 2005 ca. 12 Mio. € zur Verfügung.

Weitere Informationen sowie FES-Publikationen zu Afrika finden Sie auf unserer Homepage unter: <http://www.fes.de/international/afrika>.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Afrika
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Leiter: Dr. Werner Puschra
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel.: +49 228 883-576
Fax: +49 228 883-623